

Wolf J. Schünemann

Desinformation und die demokratischen Dilemmata der Digitalpolitik

Stichworte: Desinformation, soziale Netzwerke, Falschinformationen, Desinformationskampagne

1 DESINFORMATION, HASSREDE UND DAS ENDE DES INTERNET-EXZEPTIONALISMUS?

Am 6. Januar 2021, kurz vor der Amtseinführung des zuvor neu gewählten US-Präsidenten, Joe Biden, stachelte dessen Vorgänger Donald Trump seine Anhänger auf, zum Kapitol zu ziehen und dort gegen die Auszählung der Wahlmännerstimmen und damit die Zertifizierung der Präsidentschaftswahl zu protestieren. Daraufhin stürmte ein aufgerührter Mob das US-amerikanische Parlamentsgebäude. Es gab Verletzte und Tote. Als Reaktion auf die Hetze des Präsidenten und vorangegangene Falschbehauptungen über das Wahlergebnis sperrte der private Microbloggingdienst Twitter das Nutzerkonto von Donald Trump. Auch das soziale Netzwerk Facebook hatte das persönliche Konto Trumps bei dem sozialen Netzwerk schon zuvor auf unbestimmte Zeit, mindestens aber bis zum Ende seiner Präsidentschaft, blockiert. Jenseits der sog. ‚neuen‘ Medien waren es zudem auch klassische Medienakteure, die auf Falschinformationen mit ungewohnten Maßnahmen reagierten. So hatten sich mehrere US-Fernsehsender Anfang November 2020 im Zuge der Stimmenauszählung in umkämpften US-Bundesstaaten und begleitet von den Vorwürfen der Wahlfälschung durch Donald Trump entschieden, Pressekonferenzen des amtierenden US-Präsidenten aufgrund der Verbreitung von Falschinformationen vorzeitig abzubrechen (Grynbaum & Hsu, 2020). Auch dies war bis dahin beispiellos für die politische Berichterstattung in den USA gewesen. .

Das Vorgehen der Internetplattformen, aber auch der Sender deutet auf einen Paradigmenwechsel in der medienpolitischen Governance in den USA und womöglich darüber hinaus in der sog. ‚demokratischen Welt‘ hin. Regulierungsakteure in liberalen Demokratien, einschließlich führender Intermediäre (also im Wesentlichen Internetplattformen), stellen ihre Zurückhaltung gegenüber



regulierenden Eingriffen zunehmend infrage und setzen geltendes Recht und/oder normative Wertvorstellungen durch strengere Regeln und effektive Sanktionen durch. Freilich handelt es sich bei der Regulierung von Online-Content um ein bekanntes, global verbreitetes Phänomen. Dennoch galten Kontrolle und insbesondere die Zensur von Internetkommunikation als Domäne von autoritären Staaten und hybriden Regimen (Rød & Weidmann, 2015). Allerdings hat die Regulierung von Internetinhalten in den vergangenen Jahren auch in Demokratien stetig zugenommen. Freedom House sprach in seinen jährlich erscheinenden Berichten zur Internetfreiheit – Freedom on the Net – angesichts wiederholter Zunahme von Maßnahmen der Content-Regulierung bereits in der 2018er Auflage von „The Rise of Digital Authoritarianism“ (Freedom House, 2018). Auch in den Folgeauflagen ist der Trend ungebrochen dokumentiert worden. Freedom House hat im aktuellen Bericht im elften Jahr in Folge einen Rückgang der Internetfreiheit global festgestellt (Freedom House, 2021). 30 der insgesamt 70 untersuchten Staaten verzeichneten Abzüge für die entsprechenden Indexwerte, darunter auch liberale Demokratien, die für die Abwärtstrends mitverantwortlich gemacht werden können.

Hasskriminalität und Hetze sowie auch das Verbreiten von Falschnachrichten oder sog. Desinformation sind die aktuell vorherrschenden und augenscheinlich auch in der demokratischen Welt weithin akzeptierten Rechtfertigungsgründe für teils empfindliche Eingriffe in die Informations- und Kommunikationsfreiheit. Damit ist der grundlegende Wertekonflikt für liberale Demokratien offensichtlich. Denn während die Befürworter*innen medienpolitischer Regulierung auf die Gefahren für die demokratische Öffentlichkeit und Ordnung sowie grundlegender: den gesellschaftlichen Zusammenhalt hinweisen, ist die medienpolitische Zurückhaltung doch zugleich ein Wesenszug und eine Funktionsbedingung für das liberale Demokratiemodell. Die Meinungs- und Informationsfreiheit gehört zu den Grundwerten der Demokratie und muss eben gerade in Form freier Medien, d. h. Presse, Rundfunk, Fernsehen und auch Internetmedien verwirklicht werden. Eingriffe sind vor diesem Hintergrund also immer normativ prekär (Vick, 2001). Zumindest demokratische Regierungen wandern hier also auf einem schmalen Grat.

Angesichts dieser Wertekollision ist es kein Wunder, dass die Blockadeentscheidung von Twitter auch kritische Stimmen hervorgerufen hat. Mit der deutschen Bundeskanzlerin meldete sich ausgerechnet eine politische Vertreterin der sog. wehrhaften Demokratie Deutschland prominent zu Wort, um

ihre Beunruhigung über die Entscheidungen der US-amerikanischen Intermediäre zum Ausdruck zu bringen. Die Twitter-Sperrung für Trump und damit der Ausschluss von einer mittlerweile etablierten Plattform für den öffentlichen Diskurs durch den privatwirtschaftlichen Anbieter des Netzwerks selbst sei im Hinblick auf die Meinungsfreiheit als problematisch anzusehen (tagesspiegel.de, 2021). Aus historischer Perspektive kommt dies geradezu einem Rollentausch gleich. Denn die USA stehen traditionell für einen besonderen Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit. Auf Basis ihres ersten Verfassungszusatzes konnte sich ein regelrechter „Free-Speech-Absolutismus“ ausprägen, wie der bekannte US-Medien- und Rechtswissenschaftler Cass Sunstein (1995) kritisch bemerkt hat. Gerade für den US-amerikanisch dominierten Internetmarkt galt für über zwei Jahrzehnte ein ausgesprochenes Laissez-faire, eine medienpolitische Zurückhaltung, die mit vergleichendem Blick auf andere Medien wie Presse, Fernsehen und Rundfunk, die strengeren Regeln etwa zur Haftung für Inhalte unterlagen, auch als Internet-Exzeptionalismus thematisiert worden ist.

Umgekehrt hat Deutschland traditionell ähnlich wie andere kontinental-europäische Staaten größere Offenheit für Einschränkungen der freien Rede und von Medieninhalten gezeigt, wenn diese gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstießen und als demokratiegefährdend eingestuft werden konnten (z. B. NS-Devotionalien, Holocaust-Leugnung etc.) (Goldsmith & Wu, 2006; Timofeeva, 2006). Zwar nimmt Deutschland an einem westlich und damit US-amerikanisch geprägten Internetökosystem teil – dem gegenüber steht mindestens noch ein chinesisches geprägtes (vgl. van Dijck, Poell, & Wall, 2018) – hat aber immer wieder schärfere Regulierungen diskutiert und teils durchsetzen können. Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen ist diese rechtsstaatlich begründete Abwägungsbereitschaft in Deutschland unter dem Konzept der „wehrhaften Demokratie“ verankert (Thiel, 2003). Mit dem Beschluss des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes im Vorfeld der letzten Bundestagswahl 2017 hat die Bundesrepublik in gewisser Weise an diese Tradition angeknüpft und ist als Vorreiterin in Sachen demokratischer Internetregulierung in Erscheinung getreten. Das Gesetz verpflichtet Anbieter großer sozialer Netzwerke (über 2 Mio. Nutzer*innen) rechtswidrige Inhalte (Verstoß gegen eine Reihe im Gesetz aufgelisteter Straftatbestände überwiegend aus dem Bereich der Hasskriminalität und Hetze) binnen 24 Stunden zu entfernen. Strittige Inhalte müssen binnen sieben Tagen überprüft werden. Zudem gelten weitere Regeln zu Beschwerdemanagement und Transparenz. Das Gesetz wurde erst im Frühjahr 2021 novelliert. So ist nun etwa

auch die direkte Meldung der Urheber*innen strafrechtlich relevanter Inhalte beim Bundeskriminalamt (BKA) vorgeschrieben. Zwar wurde das NetzDG vielfach als Schwellenübertritt zur Zensur kritisiert, es hat aber international auch viel Beachtung gefunden. Andere Länder haben sich an wesentlichen Vorgaben des Gesetzes orientiert. So war etwa das 2019 verabschiedete sog. ‚loi Avia‘ zur Bekämpfung von Hasskriminalität in Frankreich klar vom NetzDG inspiriert. Allerdings wurde das Gesetz vom französischen Verfassungsrat später für nicht verfassungsmäßig erklärt. Auch Elemente des im Dezember von der EU vorgelegten Entwurfs eines Digital Services Act tragen Züge des NetzDG (Schünemann, 2021).

Das NetzDG und ähnliche Entwicklungen illustrieren die Dilemmata demokratischer Digitalpolitik. Denn die Mittel zur Bekämpfung von Hassrede, extremistischer Hetze oder Desinformation stehen den unterschiedlichen Governance-Akteuren in demokratischen Systemen nur eingeschränkt zur Verfügung. Für liberale Demokratien ist die Zurückhaltung in der Medienkontrolle, der „bias against control“ (McQuail, 2008), konstitutiv und funktional. Angesichts transnationaler Konnektivität und US-amerikanischer Dominanz galt diese Grundhaltung für das Internet noch einmal stärker als für klassische Medienakteure und hat die Ausnahmestellung des Internets im Hinblick auf seine politische Regulierung – eben im Sinne des Exzeptionalismus – ergeben. Vor diesem Hintergrund stellt sich aktuell die Frage, ob wir Zeugen eines weitreichenden Paradigmenwechsel in der demokratischen Medienpolitik und insbesondere der Internet Governance werden. Dieser Paradigmenwechsel soll im Folgenden untersucht werden. Auf welchen grundlegenden Versprechen und Ernüchterungen im Zusammenhang mit der Internetentwicklung basieren frühere Staatsferne und aktuelle Regulierungsforderungen? Welche Regulierungsgegenstände und Rechtfertigungsnarrative ermöglichen neue Politiken auch in liberalen Demokratien? Schließlich: Welche Auswirkungen werden die medienpolitischen Reorientierungen haben?

2 DEMOKRATISCHE VERSPRECHEN DES INTERNETS UND IHRE ERNÜCHTERUNG

Internet und Demokratie gehörten in den ersten beiden Jahrzehnten des Internets als Massenkommunikationsmittel assoziativ eng zusammen. In mehreren Wellen wurden euphorisch artikulierte Erwartungen einer internen wie externen Demokratisierung durch die online verstärkte politische Partizipation an Internet

und digitale Medien herangetragen bzw. mit ihrer Entwicklung verbunden (Rheingold, 1994). Die sog. ‚neuen‘ Medien würden – so hieß es mit dem Aufkommen des Internets als Massenkommunikationsmittel – das Individuum ermächtigen, seine Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen sowie die soziale Organisationsfähigkeit zu verbessern (Barber, 2001; dazu kritisch Buchstein, 1996; Kneuer, 2013; Siedschlag, Bilgeri, & Lamatsch, 2001). Das Aufkommen der sozialen Netzwerke hat die Konjunktur partizipatorischer Visionen in einer zweiten Welle Mitte der 2000er Jahre noch einmal deutlich beflügelt (Shirky, 2008, 2011). Die u. a. unter dem Schlagwort der „Networked Public Sphere“ (Benkler, 2006) zusammengefassten Fortschrittsannahmen gründen zum einen auf die effektiven technischen Möglichkeiten einer breiten Bürgerbeteiligung durch Informations- und Kommunikationstechnologien, zum anderen auf die angenommene Egalisierung demokratischer Öffentlichkeit und die Überwindung ihrer hergebrachten Gatekeeper-Strukturen (Bruns, 2009). In einer dritten Welle wurden angesichts sozialer Unruhen in vielen Ländern des arabischen Raums die vermeintlich demokratisierenden Effekte sozialer Medien betont. Es war von Facebook- und Twitter-Revolutionen die Rede (Demmelhuber, 2013; Howard & Hussain, 2011; Lotan et al., 2011). Nicht erst zu diesem Zeitpunkt wurde die Internetentwicklung in einem globalen politischen Systemwettbewerb in Stellung gebracht. Autokratien – so die verbreitete Annahme – müssten angesichts der Internetentwicklung tendenziell um ihre Regimestabilität fürchten, zumindest wenn sie sich nicht gänzlich der digitalen Konnektivität und den damit verbundenen Wohlstandsgewinnen verschließen wollten. Demgegenüber erhielten die externen Demokratisierungsbemühungen führender demokratischer Staaten einen gewaltigen Schub, würden in gewisser Hinsicht zum ‚Selbstgänger‘, getragen durch die weltumspannende technologische Revolution – die Internetentwicklung damit geradezu ein affirmatives Nachspiel für das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama, 2006).

Die optimistischen oder auch utopischen Szenarien zum Verhältnis von Demokratie und Internet sind gerade im zurückliegenden Jahrzehnt weitgehend verdrängt worden. Freilich wurden die technodeterministisch angelegten Positivszenarien seit jeher kritisch reflektiert und bezweifelt (Barber, 2001; Buchstein, 1996; Kneuer, 2013). In den vergangenen Jahren sind die kritischen Stimmen aber erheblich mehr und lauter geworden. Sie sind nicht nur in der akademischen Debatte zu hören, sondern sind in der öffentlichen Diskussion über Internet und Digitalisierung weit verbreitet. Dies geht einher mit einem kritischen

Bewusstsein für Phänomene wie Echokammern, Hassrede oder eben Desinformation, die als digitalisierungsinduziert gelten, mit dem erheblichen Ansehensverlust zentraler Plattformen wie Google, Facebook u. a., der unter dem Wort „Techlash“ thematisiert wird, sowie zu dringlicher artikulierten Forderungen der politischen Regulierung digitaler Medien. Jenseits des von euphorisch zu alarmistisch gewandelten öffentlichen und politischen Diskurses ist die empirische Forschung zu differenzierten Befunden gelangt. Insbesondere die allgemeinen Wirkungen sozialer Netzwerke auf die politische Beteiligung sind in den vergangenen Jahren ausführlich untersucht worden (Boulianne, 2009, 2015). Dabei haben zahlreiche Studien die Partizipationssteigerung und Egalisierung demokratischer Kommunikation und Teilhabe widerlegt (Bruns & Highfield, 2015; Hindman, 2009; Kneuer & Richter, 2015; Schünemann, Steiger, & Stier, 2016; Stier, Schünemann, & Steiger, 2018).

Über die quantitative Dimension der Teilhabe gehen noch deliberative Vorstellungen hinaus. Sie sind teils bereits mit der offensichtlichen, anhaltenden und transformierten Vermachtung des digitalen Kommunikationsraums widerlegt (van Dijck et al., 2018). Darüber hinaus stehen sie gerade in der aktuellen Debatte durch verbreitete Annahmen einer stärkeren gesellschaftlichen Polarisierung durch die Herausbildung sog. Echokammern sowie die Verrohung des Diskurses durch eine Zunahme von hasserfüllter Sprache und extremistischer Hetze, nicht zuletzt auch von Falschinformationen infrage. Der von Cass Sunstein (2009) geprägte Begriff der Echokammer basiert auf der Erwartung der selektiven Wahrnehmungen von Nachrichten und Kommunikationsinhalten. Durch Vernetzung und Teilen von Inhalten bilden sich so fragmentierte Kommunikationsräume heraus, in denen relativ Gleichgesinnte einstellungsbestätigende Inhalte teilen und im Austausch mit Gleichgesinnten zu immer extremeren Ansichten finden. In der Tendenz führen diese Mechanismen zur gesellschaftlichen Fragmentierung und Polarisierung. Sunstein fasst diese Prozesse unter der Metapher der Echokammer zusammen. Metapher und unterstellte Mechanismen haben in der wissenschaftlichen Diskussion, aber auch der öffentlichen Debatte viel Anklang gefunden (Lütjen, 2016). In der empirischen Forschung sind die zentralen Annahmen gerade in den letzten Jahren gleichwohl auf viel Kritik gestoßen. Zahlreiche Untersuchungen haben die Echokammerhypothese nicht bestätigen können (Bruns, 2019; Dubois & Blank, 2018).

Was die Diskursqualität und die Verrohung der Sprache angeht, bestehen schon lange Zweifel daran, dass die Online-Kommunikation tatsächlich die Herausbildung eines verständigungsorientierten Diskurses im Sinne politischer Deliberation befördern könnte (Kies, 2010). Stattdessen wird gerade der Verdacht formuliert, Internetkommunikation könne in besonderem Maße zu einer Dominanz unsachlichen, emotional-affektiven Kommunikationsverhaltens und offenen Anfeindungen, sog. ‚*Flaming*‘ führen (Buchstein, 1996; Kneuer, 2013; Lee, 2005). Dabei wird gerade in der relativen Anonymität der Online-Kommunikation ein wesentlicher Treiber für antisoziales Diskursverhalten gesehen (Barber, 2001, S. 216). Auch zu der Annahme des Einflusses relativer Anonymität auf das Diskursverhalten gehen die Befunde empirischer Untersuchungen allerdings auseinander (Robertson & McLaughlin, 2010; Rost et al., 2016; Rowe, 2014). Insbesondere wird auch die spezifische Anfälligkeit von Online-Medien gegenüber klassischen Medien infrage gestellt (Sobieraj & Berry, 2011).

Mit Fake News oder Desinformation ist spätestens seit den irritierenden politischen Ereignissen des Jahres 2016 ein neues Phänomen für die Bedrohungsanalysen demokratischer Gesellschaften zentral geworden. 2016 kann hier tatsächlich als ein Schlüsseljahr angesehen werden, denn in Reaktion auf das sog. Brexit-Referendum im Juni des Jahres, also der Entscheidung einer Mehrheit der britischen Bevölkerung (derjenigen, die abgestimmt haben), die Europäische Union zu verlassen, richtete sich der kritische Blick auf die im Wahlkampf verbreiteten Falschinformationen und die treibende Rolle von Online-Medien bei der Verbreitung skandalisierter oder falscher Berichterstattung und Nachrichten. Diese Wahrnehmung, die zur Ausrufung eines postfaktischen Zeitalters kulminierte, wurde durch den parallel verlaufenden US-Präsidentschaftswahlkampf noch einmal deutlich verstärkt, zumal das Ergebnis, die Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten, die Irritation in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften erheblich verstärkte. Die Bedrohungswahrnehmung im Hinblick auf Desinformation ist weiterhin virulent und aktualisiert sich regelmäßig im Vorfeld demokratischer Wahlen. Vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Beispiels werden insbesondere ausländische Desinformationskampagnen befürchtet. So werden Desinformationskampagnen zunehmend im Kontext des internationalen Konfliktgeschehens, insbesondere zwischen Russland und dem demokratischen Westen interpretiert (s. unten). Im Kontext von Desinformation und ausländischen Desinformationskampagnen hat sich die Rolle von Internet und Digitalisierung im politischen Systemwettbewerb augenscheinlich geradezu

ins Gegenteil verkehrt. Zumindest werden sie in der öffentlichen Debatte und auch im akademischen Diskurs durchaus als asymmetrische Bedrohung liberaler Demokratien in internationalen Konfliktkonstellationen mit autokratischen und illiberalen Staaten wahrgenommen und damit auch als potentielle Treiber von Autokratisierungstendenzen (Macron, 2018; Shackelford et al., 2016).

Nach 2016 kann auch das Jahr 2020 als ein weiteres Schlüsseljahr für die gesellschaftspolitische Debatte über Desinformation gelten, denn im Zuge der COVID-19-Pandemie und der politischen Bewältigungsmaßnahmen ist auch die Verbreitung von Falschinformationen zu den Ursprüngen, der Verbreitung der Krankheit oder geeigneten Behandlungsmethoden in den Blick geraten (Ball & Maxmen, 2020). Die Weltgesundheitsorganisation hat für die entsprechenden Befürchtungen zu Beginn der pandemischen Entwicklung das Wort von der „Infodemie“ geprägt und ihr ähnlich verheerende Wirkungen unterstellt wie der gesundheitspolitischen Bedrohung selbst. Beides: Die angebliche Bedrohung aus dem Ausland durch Desinformationskampagnen bis hin zur Manipulation demokratischer Wahlen und die Gefährdungen öffentlicher Gesundheit im Rahmen der Pandemie sind Beispiele für aktuell besonders wirkmächtige Rechtfertigungsgründe für Eingriffe in die Informationsfreiheit. Im Folgenden möchte ich mich der Regulierung von Inhalten am Beispiel Desinformation widmen.

3 DESINFORMATION ALS KAMPFBEGRIFF UND ASYMMETRISCHE BEDROHUNG

3.1 Geschichte eines Kampfbegriffs

Wer sich in der politischen Auseinandersetzung auf die Suche nach Falschnachrichten begibt, wird sie scheinbar überall finden. Denn der Vorwurf, Falschinformationen zu verbreiten, die Wahrheit zumindest zu beugen und die Fakten sehr selektiv auszulegen, gehört seit jeher zum Arsenal des politischen, auch des demokratischen Wettstreits. Tatsächlich sind viele zentrale zugespitzte Aussagen in Wahlkämpfen nicht davor gefeit, von der Gegenseite als falsch, vielleicht gar als bewusste Täuschung diskreditiert zu werden. Diese Tendenz lässt sich sehr leicht an der kurzen Karriere des Ausdrucks „fake news“ selbst illustrieren. Der Term war in Folge der Ereignisse 2016 und im Fahrwasser der Debatte um das postfaktische Zeitalter (Harsin, 2015) plötzlich in aller Munde. Die Verbreitung sog. *fake news* wurde als schwerwiegende Störung in demokratischen Wahlkämpfen, insbesondere dem Wahlkampf zum Brexit-Referen-

dum 2016 und dem US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016, wahrgenommen und als ein Faktor für die irritierenden Wahl- und Abstimmungsergebnisse angesehen. Nach der Wahl und dem Amtsantritt Donald Trumps war allerdings rasch zu beobachten, wie er selbst und seine Entourage, aber auch umstrittene Führungsfiguren in anderen Staaten den Spieß gleichsam umdrehen und alle unliebsamen Quellen und Institutionen, ja gerade Medienvertreter*innen und ganze Verlagshäuser als Verbreiter von Fake News bezeichneten und zu diskreditieren suchten: „*You are Fake News*“, lautet der berüchtigte Ausruf Trumps während einer Pressekonferenz im Januar 2017 in Richtung eines CNN-Reporters und anderer teilnehmender Journalist*innen. Die dadurch illustrierte Entwicklung des Ausdrucks Fake News zu einem politischen Kampfbegriff hat ihn zumindest für die wissenschaftliche Auseinandersetzung nahezu unbrauchbar und weitgehend ungebräuchlich werden lassen (Vosoughi, Roy, & Aral, 2018). Gleichwohl wird er an anderer Stelle weiterhin prominent verwendet (Lazer et al., 2018).

Im Wesentlichen hat sich im akademischen Diskurs der Term „Desinformation“ durchgesetzt. Eine weithin anerkannte Definition ist diejenige einer von der Europäischen Kommission 2018 einberufenen Expert*innengruppe. Demnach können als Desinformation gelten:

All forms of false, inaccurate, or misleading information designed, presented and promoted to intentionally cause public harm or for profit. It does not deal with issues arising from the creation and dissemination online of illegal content, which are subject to regulatory remedies under EU or national laws, nor with other forms of deliberate but not misleading distortions of facts such as satire and parody.

(European Commission, 2018, S. 11)

Die mehrdimensionale Definition der Expert*innengruppe ist betont technisch gehalten. Abgesehen von der verletzten Erwartung der Korrektheit von Fakten, also dem propositionalen Gehalt einer Aussage, ist Desinformation durch die – angenommene – Funktion bestimmt: Wozu dient ein Äußerungsakt? Was ist die Absicht dahinter? Diese funktionale Dimension ist auf der einen Seite hilfreich. Denn auf diese Weise können Desinformationen von anderen Arten falscher Information unterschieden werden. So fallen unbeabsichtigte Falschbehauptungen (sog. Misinformationen), Witze, Fiktion, Satire nicht unter die

Definition. Indem die Bestimmung von Desinformation nach dieser Definition über die Faktenprüfung als einzigem Kriterium hinausgeht, rücken der verantwortliche Akteur und seine Intention sowie der Kontext einer Aussage als weitere Bewertungskriterien in den Vordergrund. Hinter einem Akt der Desinformation nach diesem Verständnis steht also immer ein absichtsvoller Akteur. In diesem Sinne ist im politischen Diskurs auch vielfach von Desinformationskampagnen die Rede, wobei die Kampagnenförmigkeit die Akteurszentrierung des Phänomens betont und auch die Bedrohungswahrnehmung beeinflusst. Auf der abstrakten Ebene stellt die Desinformationsdefinition also eine Schärfung des Begriffs gegenüber Fake News dar, auf der konkreten Ebene könnten auf der anderen Seite gerade die Mehrdimensionalität der Definition und ihre Kontextabhängigkeit zu Problemen führen. Denn in Online-Kommunikationsumgebungen sind Kontext und Ursprung eines Inhalts vielfach nicht einfach festzustellen oder gänzlich unbekannt. Aus der Cybersicherheitsforschung ist das Problem schwieriger oder unmöglicher Attribution hinreichend bekannt (Rid & Buchanan, 2015). Es überträgt sich auf eine so gewendete Definition von Desinformation.

Die funktionale Definition mit Blick auf Akteur und unterstellte Absicht birgt weiterhin das Risiko, dass Anwender*innen der Definition diese erweitern, weil sie für die Bestimmung von Desinformationskampagnen in der Praxis als unzureichend erscheint. Tatsächlich haben die vergangenen Jahre gezeigt, wie gerade zivilgesellschaftliche Gruppen bei der Bekämpfung von Desinformation auch sog. ‚falsche Narrative‘ als Regulationsziel identifizieren (Freedom House, 2021 (Juni)). Falsche Narrative sollen ausdrücken, dass die bekämpften Kampagnen vielfach mit korrekten Fakten operierten, diese aber auf manipulative Art zusammengestellt und damit ebenso irreführend seien. Tendenziell löst die unterstellte Akteursintention damit also die Faktizität als Leitkriterium weitgehend ab. Durch diese Begriffsextension verliert der Begriff damit an Trennschärfe gegenüber anderen für die politische Kommunikation einschlägigen Termen wie etwa der Propaganda. Propaganda hat mit Desinformation die manipulativen Ziele gemein. Anders als Desinformation nach der engen Definition kann Propaganda aber zumindest auch oder gar ausschließlich mit faktisch richtigen, allerdings sehr einseitig komponierten Informationen operieren. Im politischen Systemwettbewerb wird Propaganda zumeist autokratischen Systemen zur Manipulation der eigenen Bevölkerung unterstellt. Daneben ist auch von Auslandspropaganda die Rede, so auch aktuell mit Blick auf die

Informationsoperationen russischen Ursprungs. Für demokratische Staaten und ihre auswärtigen Kommunikationsaktivitäten wird in der Regel – dies kann durchaus als eine eurozentrische Diskursprägung gelten – nicht von Propaganda gesprochen. Hier gelten Aktivitäten der sog. *public diplomacy* als Einflussvektor demokratischer Regierungen auf ausländische Bevölkerungen und gehören zum Soft-Power-Spektrum demokratischer Außenpolitik.

3.2 Desinformation als asymmetrische Bedrohung im politischen Systemwettbewerb

Wie einleitend bereits angeführt, hat gerade die sicherheitspolitische Debatte, einschließlich der akademischen Diskussion, das Thema der Desinformationskampagnen aufgegriffen und versteht diese als Bedrohung im Rahmen asymmetrischer Konfliktkonstellationen. Liberale Demokratien steckten demnach tatsächlich in einem Desinformationsdilemma, weil ausländische Informationsoperationen zu einer asymmetrischen Bedrohung für liberale Demokratien im politischen Systemwettbewerb und damit zum strategischen Nachteil in internationalen Konflikten würden. Nach verbreiteter Auffassung könnte sich die normativ begründete Zurückhaltung liberaler Demokratien gegenüber regulatorischen Eingriffen in die Medien- und insbesondere die Internetkommunikation in einen Nachteil wandeln, weil Demokratien damit gegenüber Autokratien in eine schwächere und verwundbarere Position gerieten. Gerade Autor*innen, die der Theorieschule des Realismus in den internationalen Beziehungen angehören, wie Goldsmith und Russell (2018, S. 1–2), haben die hohe Verwundbarkeit von Demokratien mit Blick auf Desinformationskampagnen, ihren Mangel an effektiven Gegenmitteln und Abschreckungsmöglichkeiten problematisiert. Im folgenden Zitat wird diese Überlegung am Beispiel der USA zum Ausdruck gebracht:

Our central claim is that the United States is disadvantaged in the face of these cyber operations due to constitutive and widely admired features of American society, including the nation's commitment to free speech, privacy, and the rule of law; its innovative technology firms; its relatively unregulated markets; and its deep digital sophistication. These strengths of American society create asymmetrical vulnerabilities in the digital age that foreign adversaries, especially in authoritarian states, are increasingly exploiting.

Die Annahmen scheinen sich in der empirischen Beobachtung durchaus zu bestätigen. So lag der Ursprung der am intensivsten diskutierten Desinformationskampagnen im Ausland, für den westlichen Raum wurde er zumeist in Russland angenommen. Ziele der Kampagnen waren vielfach Demokratien (wenngleich teils defekte Demokratien). Dies gilt bereits für die Ukrainekrise 2014, für das britische Referendum 2016 und natürlich auch für die US-amerikanische Präsidentschaftswahl 2016. Der englischsprachige Ausdruck „*interferences*“ bringt die besondere Bedrohungswahrnehmung durch Desinformationen aus dem Ausland klar zum Ausdruck. Gerade aus dem angenommenen auswärtigen Ursprung hat sich gegenüber interner strategischer Kommunikation die sicherheitspolitische Deutung einschließlich der Diskussion von Gegenmaßnahmen bis hin zu militärischen Operationen gespeist.

4 DIE UNGEWISSEN WIRKUNGEN VON DESINFORMATION

Als weiteres Merkmal der aktuellen Debatte über Desinformation im Netz springt die große Unsicherheit über die eigentlichen Effekte ins Auge. Traditionell gehört die Messung der Wirkungen von medienvermittelter Kommunikation zu den schwierigeren Aufgaben der empirischen Sozialforschung. Allgemeine Annahmen zur Medienwirkung reichen traditionell von einer Allmacht der Medien bis hin zur Irrelevanzhypothese. Zwischen diesen Polen – so scheint es – positionieren sich die Wissenschaftler*innen auch im Hinblick auf die Wirkungen von Desinformation. Die Abschätzung von Effekten kann in diesem Bereich tatsächlich immer nur näherungsweise und mit verbleibenden Unsicherheiten und Einschränkungen gelingen. Dies gilt gerade auch für die politische Online-Kommunikation. Allerdings muss eine adäquate Wirkungsforschung verschiedene Dimensionen mit einschließen: nämlich die individuelle, die Mikroebene, die crossmediale, die Mesoebene und drittens die gesellschaftliche, die ich als Makroebene bezeichne. Zu allen drei Ebenen ist in den vergangenen Jahren mit abnehmender Intensität von Mikro- bis Makroebene geforscht worden. Einige zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse möchte ich im Folgenden zusammentragen.

4.1 Effekte von Desinformation auf der Mikroebene

Die große Zahl empirischer Studien zu Desinformation ist auf die individuelle Dimension, die Mikroebene ausgerichtet. Hier finden wir zahlreiche Arbeiten, die mit unterschiedlichen Datenquellen und Methoden operieren, um die

individuellen Reaktionen von Nutzer*innen auf die Begegnung mit Falschnachrichten zu untersuchen. So kommen Befragungen, Web-Tracking, die Analyse anderer digitaler Spurendaten oder experimentelle Designs zum Einsatz, um die Nutzer*inneneffekte von Desinformation zu messen (Grinberg, Joseph, Friedland, Swire-Thompson, & Lazar, 2019; Guess, Nyhan, & Reifler, 2018; Keersmaecker & Roets, 2017; Pennycook, Cannon, & Rand, 2018). Viel Beachtung fand schon früh die Studie von Alcott und Gentzkow (2017), auch weil sie das Phänomen als eine der ersten Arbeiten am Beispiel des zu den US-Präsidentenwahlkampfes 2016 untersuchte. Die Autoren gelangen darin zu dem Schluss, dass Falschnachrichten – diese wurden mithilfe der Klassifizierungen durch *factchecking*-Organisationen bestimmt – tatsächlich eine beträchtliche Rolle im Wahlkampfgeschehen gespielt hatten, gemessen an dem Umfang der klassifizierten Inhalte und der hohen Anzahl erzielter Klicks von Nutzer*innen. Erreicht wurden die entsprechenden Seiten mit Falschinformationen auch zu großem Teil über soziale Medien. Zuletzt ergab sich selbst das erwartete Übergewicht nach politischen Lagern. So fand sich eine Mehrzahl unter den identifizierten *fake news*, die zugunsten Donald Trumps und seiner Kampagne ausgerichtet waren. Dennoch schätzten die Autoren die tatsächlichen Effekte, basierend auf einem Marktmodell des Nachrichtenverhaltens, als allenfalls moderat. Nach ihren Hochrechnungen begegnete der/die durchschnittliche erwachsene US-Bürger*in während des Wahlkampfes etwa 1,14 Falschnachrichten, d. h. einer oder allenfalls wenigen Falschnachrichten (Allcott & Gentzkow, 2017, S. 227). Auch die Frage nach den Effekten solcher Nachrichten im Hinblick auf die potentielle Veränderung von Einstellungen und Wahlabsichten wurde auf Basis früherer Erkenntnisse über die selektive Wahrnehmung von Medieninhalten und die Bedeutung parteipolitischer Sympathien für die Wahrnehmung von Informationen als gering eingeschätzt (ebd., S. 232). Soll heißen: Im Schnitt begegneten die US-Bürger*innen nur wenigen Falschnachrichten, denen in vielen Fällen nicht einmal Glauben geschenkt wurde und die entsprechend auch nur geringe Wirkung entfalten konnten. Schließlich funktionieren die üblichen WahrnehmungsfILTER, so dass ein Anhänger der republikanischen Partei und Donald Trumps in den USA überwiegend solche Nachrichten wahrnimmt und glaubt, die die präferierten Kandidaten und bzw. die vorgezogene Partei stützen sowie umgekehrt.

Dies legt auch eine weitere Studie von Guess et al. (2020) nahe. Auf Basis eines kombinierten Vorgehens aus einer Online-Umfrage und Web-Tracking-Daten

weisen die Autor*innen nach, dass zwar etwa ein Viertel der US-Amerikaner*innen im Wahlkampf Falschnachrichten konsumiert habe, der Großteil dieser Falschnachrichten aber einstellungskonsistent gewesen ist, also die existierende parteipolitische Präferenz gestützt habe und damit diese Prädispositionen bereits als erklärender Faktor für die Wahrnehmung dieser Nachrichten angesehen werden könnten.

Eine dritte viel rezipierte Studie (ebenfalls zum US-Fall, ebenfalls Validierung mittels Factchecking-Daten) kommt zu dem Ergebnis, dass Falschnachrichten sich ebenso schnell verbreiten wie korrekte Informationen, sie allerdings häufiger geteilt werden und auf diese Weise mehr Menschen erreichen können (Vosoughi et al., 2018).

Wenn es um die Verbreitung von Desinformation geht, spielen aber nicht nur die viel diskutierten Internetplattformen eine Rolle, sondern insbesondere auch die klassischen Medienakteure, die vielfach immer noch über eine größere Reichweite verfügen als die diversen Online-Medien.

4.2 Effekte von Desinformation auf der Mesoebene

Digitale Medien haben „ein kompliziertes Verhältnis mit traditionellen Medien“, wie Tucker et al. (2018, S. 4) zutreffend hervorheben. Es gehört zu den wesentlichen Veränderungen des sog. digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit, dass die ‚neuen‘ oder digitalen Medien die Position klassischer Medien als *gatekeeper* zur öffentlichen Arena relativiert haben (Shirky, 2008). Allerdings sind die Abgrenzungen zwischen digitalen und etablierten Medien längst nicht so klar, wie es auf den ersten Blick scheint. Tatsächlich sind Online-Medien zu einem „Werkzeug für die traditionelle Medienberichterstattung“ (Tucker et al., 2018, S. 4) geworden. Umgekehrt werden etablierte Formate medialer Berichterstattung durch die auf Plattformen kursierenden Inhalte stark beeinflusst. Ausgehend von dieser Erkenntnis, ist es von Bedeutung, die Zusammenhänge sog. *neuer* und *traditioneller Medien* zu verstehen. So kann es gerade im Hinblick auf die Wirkungsmöglichkeiten gewissermaßen *bottom-up* verbreiteter Nachrichteninhalte ganz entscheidend sein, ob und wann diese von großen, traditionellen Medienorganisationen aufgenommen werden und dadurch eine erheblich gesteigerte Reichweite sowie eine professionelle Anerkennung und Veredelung erfahren (Marwick & Lewis, 2017).

Auf diese crossmedialen Wechselbeziehungen und damit die Mesoebene der Konstellationen zwischen verschiedenen Medienorganisationen ist die Argumentation von Kathleen Hall Jamieson (2018) ausgerichtet. In ihrer umfassenden multimethodischen Studie ebenfalls zum US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 mit dem Titel *Cyberwar. How Russian Hackers and Trolls Helped Elect a President* fokussiert die Kommunikationswissenschaftlerin auf die mutmaßliche Manipulationskampagne russischen Ursprungs, die Donald Trump zum Wahlsieg verholfen haben könnte. Indizien für ihre Annahme leitet sie insbesondere aus den dazu veröffentlichten Berichten US-amerikanischer Geheimdienste ab. In Bezug auf die Wirkungen der Kampagnen lenkt sie das Hauptaugenmerk auf das dynamische Zusammenspiel neuer und traditioneller Medien. Während Hacker, Trolle und Bots soziale Medien tatsächlich zur Produktion und initialen Verbreitung von Falschmeldungen nutzten, kritisiert sie vor allem die Redaktionen traditioneller Medienhäuser dafür, diese vielfach durch unkritische, nicht ausreichend reflektierte Reaktion und Aufnahme zu verstärken und somit ihre Reichweite und potentielle Durchschlagskraft zu erhöhen. Die traditionellen Massenmedien in den USA – so das zentrale Argument Jamiesons – trügen also eine Mitverantwortung, weil sie es zugelassen hätten, dass Desinformationskampagnen mit *agenda-setting*, *priming* und *framing* die wesentlichen Mechanismen des Nachrichtenmarkts im Wahlkampf hätten beeinflussen können, wodurch die öffentliche Meinung manipuliert worden sei: „[t]he legacy media were complicit in this effort to undermine the US elections“ (Jamieson, 2018, S. 38).

Nur auf diese Weise verstärkt, hätten die Desinformationskampagnen zumindest in den parteipolitisch umkämpften US-Bundesstaaten (den sog. *battleground states*) das Wahlergebnis entscheidend beeinflussen können: „Russian-hacked content and disinformation not only infected the news agenda but also tilted the balance of discourse in battleground states against the Democratic Party nominee“ (ebd., S. 7).

Aber auch auf der Mesoebene ist die Messung von Medieneffekten notwendig komplex und ungewiss. So können auch aus den vielen Beispielen und Inhaltsanalysen, die Jamieson präsentiert, keine sicheren Schlüsse auf die Effekte gezogen werden. Die Schlussfolgerungen können stattdessen nur mehr oder weniger plausibilisiert werden. Das grundlegende Unterscheidungsproblem zwischen den angenommenen Effekten feindlicher Informationsoperationen und vielen anderen Einflussvektoren im Umfeld strategischer Kommunikation in

einem nationalen Wahlkampf bleibt also auch bei Jamieson und anderen Studien auf der Mesoebene ungelöst (ebd., S. 208).

4.3 Effekte von Desinformation auf der Makroebene

Ungeachtet alarmistischer Debatten über Desinformation deuten viele Erkenntnisse darauf hin, dass sich verbreitende Desinformationen die in einer Gesellschaft relevanten Diskursstränge eher verstärken, die darin aktualisierten Wissensbestände eher bestätigen, als sie revolutionär infrage zu stellen. Dennoch könnten Desinformationskampagnen darauf abzielen, die gesellschaftlichen Diskurse langsam und inkrementell zu beeinflussen, etwa auch dadurch, dass der Glaube an Wahrheit und das Vertrauen in demokratische Institutionen kontinuierlich geschwächt werden. Tatsächlich argumentieren immer mehr Wissenschaftler*innen verschiedener (Teil-)Disziplinen in diese Richtung und sehen darin die eigentliche Wirkungsweise und das strategische Potential von Desinformationskampagnen (Farrell & Schneier, 2018; Rid, 2020). Sie wenden sich folglich den strukturellen Veränderungen und damit den Effekten auf der Makroebene zu (Jungherr & Schroeder, 2021).

Dieser Perspektivwechsel bringt erhebliche Vorteile mit sich, denn insbesondere die individualzentrierte Perspektive auf der Mikroebene läuft Gefahr, einen individualistisch verengten Wissensbegriff zu perpetuieren, wie er für viele informations- und wissensbezogene Studien aus den Disziplinen der politischen Soziologie, Psychologie und Kommunikationswissenschaft typisch ist. Wissen wird dabei als Akkumulation von Informationen durch Individuen und für individuelle Wissensbestände konzeptualisiert (Lupia & McCubbins, 1998; kritisch dazu: Schünemann, 2014). Informationen, einschließlich Falschinformationen, haben aber per se gar keinen Wert und keine Bedeutung. Sie müssen erst unter Rückgriff auf Wissensbestände eingeordnet werden: “information by itself usually has no value: it is a raw material that gains value if further processed in specific ways and if meaning and a certain quality are attached to it“ (Dunn Caveltly 2008, S. 15). Diese Wissensbestände sind allerdings nicht individuell, sondern kollektiv. Sie werden in gesellschaftlichen Gruppenzusammenhängen gepflegt und durch Sozialisation und Bildung von Individuen angeeignet. Wissen zirkuliert also immer in gesellschaftlichen Diskursen, es wird nicht in einem Vakuum, gleichsam unter Laborbedingungen, von einem Individuum angesammelt. Die notwendigen Aneignungs-, Konstruktions- und Interpretationsprozesse finden vielmehr eingebunden in sozialen Kontexten statt. Lanoszka hat diese grundlegende wissenssoziologische Erkenntnis mobilisiert

und auf die Desinformationsthematik übertragen. Demnach unterliegen Falschinformationen den folgenden Wahrnehmungs- und Anerkennungsfiltern: „[s]haping the information that they receive are ideological commitments and partisan identities in addition to their own experiences, rules of thumb, and the pieces of conventional wisdom that they have acquired over their lifetimes“ (Lanoszka, 2019, S. 236). Mit Blick auf die internationale Konfliktkonstellation müssen wir die Annahme von mehr oder weniger hilflos ausgelieferten Gesellschaften, in die ein Stück Desinformation in einer mehr oder weniger präzisen Operation gleichsam injiziert werden kann, mit unmittelbarem Schaden, verwerfen. Keiner noch so gut organisierten Kampagne wird es möglich sein, einen allgemein-öffentlichen Diskurs in eine bestimmte Richtung zu lenken (Morgan 2018, S. 41) oder eine Gesellschaft mit „counter-cultural narratives“ zu infizieren (Bennett & Livingston, 2018, S. 128), insbesondere nicht, wenn die Urheber außerhalb der jeweiligen Diskursgemeinschaft angesiedelt sind. So kann es als unwahrscheinlich gelten, dass Informationsoperationen von auswärts, so ausgefeilt und koordiniert sie auch sein mögen, zu einer planvoll herbeigeführten Disruption oder gar einer Wende allgemein-öffentlicher Diskurse führen könnten.

Damit müssen Erwartungen „digitaler Subversion“, wonach es feindlichen Staaten durch Informationsoperationen möglich sei, „*to give history a nudge*“ (Omand, 2018, S. 5) als nur wenig plausibel infrage gestellt werden. Allenfalls können aufgrund der eigenen inneren Gestimmtheit von Gesellschaften gewisse diskursive Verwundbarkeiten erwartet werden, die von Desinformationskampagnen gezielt adressiert werden. Womöglich liegt gerade darin das Ziel mancher staatlich beförderter Desinformationskampagnen. In seinem gleichnamigen Buch nimmt der Sicherheitsforscher Thomas Rid sog. *Active Measures* unter die Lupe, mit denen Staaten im Kontext geheimdienstlicher Operationen, und Russland mit gewisser Meisterschaft, seit hundert Jahren versuchen, Unsicherheit in anderen Öffentlichkeiten zu verbreiten. Dies funktionierte also auch schon lange vor der Digitalisierung. Was sich laut Rid durch die Digitalisierung verändert haben könnte, ist, dass liberale Demokratien bereits so verunsichert sind. Allein die Debatte also, ob Desinformationskampagnen gezielt eingesetzt werden können, um die Demokratie zu schwächen, könnte bereits wirken, indem eben diese Unsicherheit weiter verstärkt wird. In jedem Fall muss die empirische Forschung also auch diese Makroebene erschließen, um diese Formationsprozesse gesellschaftlichen Wissens zu untersuchen. Das erfordert kulturwissenschaftlich

informierte qualitative Forschung, die mit größerer Distanz gesellschaftliche Diskursverschiebungen in den Blick nehmen kann.

5 FAZIT

In den vorangegangenen Abschnitten habe ich ausgehend von der Beobachtung gesteigerter Aktivitäten diverser Regulierungsakteure in liberalen Demokratien auf dem Feld der Online-Content-Regulierung wesentliche Entwicklungstrends in der Rechtfertigung von Eingriffen in die Internetkommunikation aufgezeigt. Dabei sind die demokratischen Dilemmata deutlich geworden, die sich im Zusammenhang mit der Digitalisierung, konkret: der digitalpolitischen Regulierung ergeben. Unter den erkennbaren Legitimationsstrategien demokratischer Regierungen, mit denen Maßnahmen der Internetregulierung begründet werden, nehmen Rechtfertigungen im Hinblick auf die Bekämpfung von Hassrede und zuletzt insbesondere Desinformation eine zunehmend prominente Rolle ein. Dieser Trend ist mindestens seit 2016 (Brexit-Referendum und Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten) zu beobachten und hat sich im Kontext der Pandemie und der dazu kursierenden Falschbehauptungen und Verschwörungserzählungen noch einmal verschärft. Es ist durchaus anzunehmen, dass der pandemische Kontext für Regierungen weltweit als ermöglichender Rahmen für weitere Eingriffe in die Internetfreiheit dient. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Forschung über die tatsächlichen Effekte von Desinformation noch nur wenig gesicherte Erkenntnisse vorgelegt hat. In den vorangegangenen Abschnitten wurden wesentliche Forschungsstränge identifiziert und Befunde wiedergegeben. Der Überblick hat sich bewusst über alle drei Ebenen, eine Mikroebene individueller Wahrnehmung und Reaktion, eine Mesoebene crossmedialer Verbreitung und schließlich eine Makroebene gesellschaftlicher und struktureller Transformationen erstreckt. Mit Blick auf weitere Forschungsaktivitäten plädiere ich insbesondere für einen Ausbau der Aktivitäten auf der Makroebene. Nur wenn wir hinreichendes Wissen über die Wirkungen von Desinformation sammeln sowie über die Resilienz von demokratischen Gesellschaften, können wir alarmistischen Diskursen begegnen und verhindern, dass etablierte Demokratien in digitalpolitische Dilemmata geraten und die normativen Grundlagen der Demokratie schwächen.

LITERATURVERZEICHNIS

Allcott, H., & Gentzkow, M. (2017). Social Media and Fake News in the 2016 Election. *Journal of Economic Perspectives*, 31(2), 211–236.

<https://doi.org/10.1257/jep.31.2.211>

Ball, P., & Maxmen, A. (2020). The epic battle against coronavirus misinformation and conspiracy theories. *Nature*, 581(7809), 371–374.

<https://doi.org/10.1038/d41586-020-01452-z>

Barber, B. R. (2001). Which Technology for which Democracy? Which Democracy for which Technology? In B. Holznagel, A. Grünwald, & A. Hanssmann (Eds.), *Schriftenreihe Information und Recht: Bd. 24. Elektronische Demokratie: Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis* (S. 209–217). München: Beck.

Benkler, Y. (2006). *The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom*. New Haven, Conn. [u. a.]: Yale Univ. Press.

Boulianne, S. (2009). Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research. *Political Communication*, 26(2), 193–211.

<https://doi.org/10.1080/10584600902854363>

Boulianne, S. (2015). Social media use and participation: a meta-analysis of current research. *Information, Communication & Society*, 18(5), 524–538.

<https://doi.org/10.1080/1369118X.2015.1008542>

Bruns, A. (2009). *Blogs, Wikipedia, Second Life and Beyond: From Production to Prodisage*. New York: Peter Lang.

Bruns, A. (2019). *Are filter bubbles real? Digital futures series*. Cambridge, UK, Malden, MA, USA: Polity.

Bruns, A., & Highfield, T. (2015). From news blogs to news on Twitter: gatewatching and collaborative news curation. In S. Coleman & D. Freelon (Eds.), *Handbook of digital politics* (S. 325–340). Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar Pub.

Buchstein, H. (1996). Bittere Bytes. Cyberbürger und Demokratietheorie. *Deutsche Zeitschrift Für Philosophie*, 44(4), 583.

Demmelhuber, T. (2013). Neue Medien, Protest und Veränderung im Nahen Osten: Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings. In M. Kneuer (Ed.), *Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft: Vol. 31. Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?* (S. 227–247). Baden-Baden: Nomos.

Dubois, E., & Blank, G. (2018). The echo chamber is overstated: the moderating effect of political interest and diverse media. *Information, Communication & Society*, 21(5), 729–745.
<https://doi.org/10.1080/1369118X.2018.1428656>

European Commission (2018). *A multi-dimensional approach to disinformation: Report of the independent high level group on fake news and online disinformation. Communications networks, content and technology*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Farrell, H. J., & Schneier, B. (2018). Common-Knowledge Attacks on Democracy. *SSRN Electronic Journal*. Advance online publication.
<https://doi.org/10.2139/ssrn.3273111>

Freedom House (2018). *Freedom on the Net 2018: The Rise of Digital Authoritarianism*. New York/Washington. Abgerufen von Freedom House website:
https://freedomhouse.org/sites/default/files/FOTN_2018_Final%20Booklet_11_1_2018.pdf [27.7.2021]

Freedom House (2021). *Freedom on the Net 2021: The Global Drive to Control Big Tech*. New York/Washington. Abgerufen von Freedom House website: <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2021/global-drive-control-big-tech#Internet> [26.9.2022]

Freedom House (2021). Disinformation and Misinformation in Armenia: Confronting the power of false narratives. Abgerufen von https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-06/Disinformation-in-Armenia_En-v3.pdf [27.7.2021]

Fukuyama, F. (2006). *The end of history and the last man: With a new afterword*. New York, NY: Free Press.

- Goldsmith, J., & Russell, S. (2018). Strengths Become Vulnerabilities: How a digital world disadvantages the United States in its international relations. *Aegis Series*. (1806), 1–22. Abgerufen von <https://www.hoover.org/sites/default/files/research/docs/381100534-strengths-become-vulnerabilities.pdf> [27.7.2021]
- Goldsmith, J. L., & Wu, T. (2006). *Who controls the Internet? Illusions of a borderless world*. New York: Oxford University Press.
- Grinberg, N., Joseph, K., Friedland, L., Swire-Thompson, B., & Lazer, D. (2019). Fake news on Twitter during the 2016 U.S. Presidential election. *Science (New York, N.Y.)*, 363(6425), 374–378. <https://doi.org/10.1126/science.aau2706>
- Grynbaum, M. M., & Hsu, T. (2020). Major Networks Cut Away From Trump's Baseless Fraud Claims. *The New York Times*. Abgerufen von <https://www.nytimes.com/2020/11/05/business/media/trump-tv.html>. [26. November 2020]
- Guess, A. M., Nyhan, B., & Reifler, J. (2020). Exposure to untrustworthy websites in the 2016 US election. *Nature Human Behaviour*, 4(5), 472–480. <https://doi.org/10.1038/s41562-020-0833-x>
- Harsin, J. (2015). Regimes of Posttruth, Postpolitics, and Attention Economies. *Communication, Culture & Critique*, 8(2), 327–333. <https://doi.org/10.1111/cccr.12097>
- Hindman, M. S. (2009). *The myth of digital democracy*. Princeton, NJ [u. a.]: Princeton University Press.
- Howard, P. N., & Hussain, M. M. (2011). The Upheavals in Egypt and Tunisia. The role of digital media. *Journal of Democracy*, 22(3), 35–48.
- Jamieson, K. H. (2018). *Cyberwar: How Russian hackers and trolls helped elect a president; what we don't, can't, and do know*. New York NY: Oxford University Press.

Jungherr, A., & Schroeder, R. (2021). Disinformation and the Structural Transformations of the Public Arena: Addressing the Actual Challenges to Democracy. *Social Media + Society*, 7(1), 205630512198892. <https://doi.org/10.1177/2056305121988928>

Keersmaecker, J. de, & Roets, A. (2017). 'Fake news': Incorrect, but hard to correct. The role of cognitive ability on the impact of false information on social impressions. *Intelligence*, 65, 107–110. <https://doi.org/10.1016/j.intell.2017.10.005>

Kies, R. (2010). *Promises and limits of Web-deliberation*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Kneuer, M. (2013). Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In M. Kneuer (Ed.), *Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft: Vol. 31. Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?* (S. 7–31). Baden-Baden: Nomos.

Kneuer, M., & Richter, S. (2015). *Soziale Medien in Protestbewegungen: Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?* Frankfurt [u. a.]: Campus-Verl.

Lanoszka, A. (2019). Disinformation in international politics. *European Journal of International Security*, 4(2), 227–248. <https://doi.org/10.1017/eis.2019.6>

Lazer, D. M. J., Baum, M. A., Benkler, Y., Berinsky, A. J., Greenhill, K. M., Menczer, F., Metzger, M. J., Nyhan, B., Pennycook, G., Rothschild, D., Schudson, M., Sloman, S. A., Sunstein, C. R., Thorson, E. A., Watts, D. J., Zittrain, J. L. (2018). The science of fake news. *Science (New York, N.Y.)*, 359(6380), 1094–1096. <https://doi.org/10.1126/science.aao2998>

Lee, H. (2005). Behavioral Strategies for Dealing with Flaming in an Online Forum. *The Sociological Quarterly*, 46(2), 385–403. <https://doi.org/10.1111/j.1533-8525.2005.00017.x>

Lotan, G., Graeff, E., Ananny, M., Gaffney, D., Pearce, I., & Boyd, D. (2011). The Revolutions Were Tweeted: Information Flows during the 2011 Tunisian and Egyptian Revolutions. *The Arab Spring*, *International Journal of Communication* 5 (2011), S. 1375–1405.

Lupia, A., & McCubbins, M. D. (1998). *The democratic dilemma. Can citizens learn what they need to know?* Cambridge [u. a.]: Cambridge Univ. Press.

Lütjen, T. (2016). *Die Politik der Echokammer: Wisconsin und die ideologische Polarisierung der USA. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen: v.11*. Bielefeld: transcript Verlag.

Macron, E. (2018). Déclaration de M. Emmanuel Macron, Président de la République, sur la liberté de la presse, la lutte contre les fausses nouvelles, l'économie des médias et sur la relation entre les gouvernants et les médias, à Paris le 3 janvier 2018. Abgerufen von <https://www.vie-publique.fr/discours/204657-declaration-de-m-emmanuel-macron-president-de-la-republique-sur-la-li> [27.7.2021]

Marwick, A., & Lewis, R. (2017). *Media Manipulation and Disinformation Online*. Abgerufen von Data & Society website: https://datasociety.net/pubs/oh/DataAndSociety_MediaManipulationAndDisinformationOnline.pdf [27.7.2021]

McQuail, D. (2008). *McQuail's mass communication theory* (5th ed., reissued.). London: SAGE Publications.

Omand, D. (2018). The threats from modern digital subversion and sedition. *Journal of Cyber Policy*, 3(1), 5–23. <https://doi.org/10.1080/23738871.2018.1448097>

Pennycook, G., Cannon, T. D., & Rand, D. G. (2018). Prior exposure increases perceived accuracy of fake news. *Journal of Experimental Psychology. General*, 147(12), 1865–1880. <https://doi.org/10.1037/xge0000465>

Rheingold, H. (1994). *Virtuelle Gemeinschaft: Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers* (1. Aufl.). Bonn, Paris, Reading, Mass. [u. a.]: Addison-Wesley.

- Rid, T. (2020). *Active measures: The secret history of disinformation and political warfare*. London: Profile Books.
- Rid, T., & Buchanan, B. (2015). Attributing Cyber Attacks. *Journal of Strategic Studies*, 38(1-2), 4–37.
- Robertson, J. W., & McLaughlin, E. (2010). The Quality of Discussion on the Economy in UK Political Blogs in 2008. *Parliamentary Affairs*, 64(1), 106–128. <https://doi.org/10.1093/pa/gsq014>
- Rød, E. G., & Weidmann, N. B. (2015). Empowering activists or autocrats? The Internet in authoritarian regimes. *Journal of Peace Research*, 52(3), 338–351. <https://doi.org/10.1177/0022343314555782>
- Rost, K., Stahel, L., & Frey, B. S. (2016). Digital Social Norm Enforcement: Online Firestorms in Social Media. *PloS One*, 11(6), e0155923. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0155923>
- Rowe, I. (2014). Civility 2.0: a comparative analysis of incivility in online political discussion. *Information, Communication & Society*, 18(2), 121–138. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2014.940365>
- Schünemann, W. J. (2014). *Subversive Souveräne: Vergleichende Diskursanalyse der gescheiterten Referenden im europäischen Verfassungsprozess. Theorie und Praxis der Diskursforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schünemann, W. J. (2021). New horizontal rules for online platforms across Europe: A comment on the EU Commission’s proposal for a Digital Services Act for DTCT partners and upstanders. Abgerufen von <https://dtct.eu/wp-content/uploads/2021/02/DTCT-TR1-DSA.pdf> [27.7.2021]
- Schünemann, W. J., Steiger, S., & Stier, S. (2016). Transnationalisierung politischer Öffentlichkeit über Soziale Medien: Ein Politikfeldvergleich. *Zeitschrift Für Vergleichende Politikwissenschaft*. (Sonderheft: Web 2.0 – Demokratie 2.0 (hrsg. v. Kneuer, Marianne und Salzborn, Samuel)), 233–257.

Shackelford, S., Schneier, B., Sulmeyer, M., Boustead, A., Buchanan, B., Craig, A., Malekos Smith, J. Z. (2016). Making Democracy Harder to Hack: Should Elections Be Classified as ‘Critical Infrastructure?’. *University of Michigan Journal of Law Reform*, 50(3), 629–668.

Shirky, C. (2008). *Here comes everybody: the power of organizing without organizations*. New York, NY [u. a.]: Penguin Books.

Shirky, C. (2011). The political power of social media. *Foreign Affairs*, 90(1), 28.

Siedschlag, A., Bilgeri, A., & Lamatsch, D. (2001). Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren: Erfahrungen und Perspektiven. In A. Siedschlag, A. Bilgeri, & D. Lamatsch (Eds.), *Kursbuch Internet und Politik: Vol. 2001,1. Kursbuch Internet und Politik: Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren* (S. 9–20). Opladen: Leske + Budrich.

Sobieraj, S., & Berry, J. M. (2011). From Incivility to Outrage: Political Discourse in Blogs, Talk Radio, and Cable News. *Political Communication*, 28(1), 19–41. <https://doi.org/10.1080/10584609.2010.542360>

Stier, S., Schünemann, W. J., & Steiger, S. (2018). Of activists and gatekeepers: Temporal and structural properties of policy networks on Twitter. *New Media & Society*, 20(5), 146144481770928. <https://doi.org/10.1177/1461444817709282>

Sunstein, C. R. (1995). *Democracy and the problem of free speech: With a new afterword* (1. Free Press paperback ed.). New York, NY: Free Press.

Sunstein, C. R. (2009). *Republic.Com 2.0*. Princeton: Princeton University Press.

Tagesspiegel.de (2021, January 11). Merkel kritisiert Twitter-Sperre für Trump. Der Tagesspiegel. Abgerufen von <https://www.tagesspiegel.de/politik/meinungsfreiheit-von-elementarer-bedeutung-merkel-kritisiert-twitter-sperre-fuer-trump/26786886.html> [20.7.2021]

Thiel, M. (Ed.) (2003). *Wehrhafte Demokratie: Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Timofeeva, Y. (2006). *Censorship in cyberspace: New regulatory strategies in the digital age on the example of freedom of expression* (1. Aufl.). *Schriften zur Governance-Forschung: Vol. 6*. Baden-Baden: Nomos.

Tucker, J., Guess, A., Barbera, P., Vaccari, C., Siegel, A., Sanovich, S., Stukal, D., Nyhan, B. (2018). Social Media, Political Polarization, and Political Disinformation: A Review of the Scientific Literature. *SSRN Electronic Journal*. Advance online publication. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3144139>

Van Dijck, J., Poell, T., & Waal, M. d. (2018). *The platform society: Public values in a connective world*. New York: Oxford University Press.

Vick, D. W. (2001). Exporting the First Amendment to Cyberspace: The Internet and State Sovereignty. In N. Morris, S. R. Waisbord, & K. Nordenstreng (Eds.), *Media and globalization: Why the state matters* (S. 3–19). Lanham: Rowman & Littlefield.

Vosoughi, S., Roy, D., & Aral, S. (2018). The spread of true and false news online. *Science (New York, N.Y.)*, 359(6380), 1146–1151. <https://doi.org/10.1126/science.aap9559>